

VERGABEUNTERLAGEN

2026345842

Dienstleistung für Bargeldver- und Bargeldentsorgung

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

regiobus Hannover GmbH

Georgstraße 54, 30159 Hannover, Deutschland

02.06.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
regiobus.....	3
UVgO / SektVO Leistungen.....	3
Verfahrensinformationen Allgemein	3
Bewertungsmethode Preis_Leistung.....	7
rundscreiben-anwendung-russland-sanktionen-bereich-vergabe-offentlicher-auftrage-und-konz .	12
AVV_Auftragsverarbeitungsvertrag	17
Vertragsinhalte	30
AEB_regiobus-2024	30
Vertrag_VertraulichkeitsV.....	40
auszufüllende Unterlagen.....	46
AUSFÜLLEN_Angebotsschreiben - UVgO-SektVO.....	46
AUSFÜLLEN_Formblatt - Verzeichnis der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistung .	48
AUSFÜLLEN_Formblatt - Eigenerklärung zu den Referenzen	49
AUSFÜLLEN_Formblatt - Eigenerklärung zum Umsatz.....	51
AUSFÜLLEN_Formblatt - Erklärung der Bieter-, Arbeitsgemeinschaft.....	52
AUSFÜLLEN_Formblatt - Verpflichtungserklärung von eingebundenen Drittunternehmen.....	55
AUSFÜLLEN_Muster-Eigenerklaerung_BMWK_Sanktionen.pdf.....	56
Produkte/Leistungen	58
Eignungskriterien.....	64
Leistungskriterien	66
Anlagen	67

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026345842
Maßnahme	
Maßnahme Nummer	
Auftragsbezeichnung	Dienstleistung für Bargeldver- und Bargeldentsorgung
Auftragsbeschreibung	Dienstleistung für die regelmäßige Entsorgung von Banknoten und Münzen sowie die Versorgung der fünf Betriebsstandorte mit Noten- und Münzgeld.

VERFAHREN

Auftraggeber	regiobus Hannover GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	30159 Hannover
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein						
Art der losweisen Vergabe							
Höchstzahl der Lose pro Angebot							
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis						
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>66110000-4</td><td>Bankdienstleistungen</td></tr><tr><td>79714000-2</td><td>Überwachungsdienste</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	66110000-4	Bankdienstleistungen	79714000-2	Überwachungsdienste
Code	Bezeichnung						
66110000-4	Bankdienstleistungen						
79714000-2	Überwachungsdienste						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	www.deutsche-evergabe.de
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	29.05.2026

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	26.06.2026 11:00:00
Frist Bieterfragen	12.06.2026 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	31.08.2026

AUFTRAGSDAUER

Beginn	13.07.2026
Ende	30.06.2030
Anmerkungen	Die Laufzeit beginnt mit dem Datum der Zuschlagserteilung und endet spätestens am 30.06.2030

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter www.deutsche-evergabe.de mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 12.06.2026 12:00 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.

Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: www.deutsche-evergabe.de

Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.



Verfahrensinformationen Allgemein

Inhalt

1	Verfahrenshinweise.....	3
2	Anschrift des öffentlichen Auftraggebers.....	3
	regiobus Hannover GmbH	3
3	Wirtschaftliche und technische Anforderungen, finanzielle Sicherheiten und Angaben.....	3
4	Art des Auftrags	3
5	Zuschlagskriterien	4
6	Angebotsabgabe für den Fall der Zulassung von Angeboten in nicht elektronischer Form.....	4

1 Verfahrenshinweise

Die regiobus hält sich vor:

- gegebenenfalls Erklärungen oder Nachweise bis zu einer bestimmten Frist nachzufordern,
- gegebenenfalls Vergabeverhandlungen durchzuführen,
- den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

Wir weisen darauf hin, dass auch in einem Verhandlungsverfahren das Erstangebot zuschlagsfähig sein muss und daher alle zwingenden Anforderungen zu erfüllen hat. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, im Rahmen der Verhandlungsphase auf zwingende Anforderungen zu verzichten bzw. weitere zwingende Anforderungen aufzustellen, sofern hierfür sachliche Gründe vorliegen.

Personen, bei denen ein Interessenkonflikt vorliegt, dürfen in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken. Dies gilt regelmäßig bei Mitarbeitern der regiobus oder deren Organe, die gleichzeitig Bieter sind, einen Bieter beraten oder bei einem Bieter beschäftigt sind. Die Vermutung des Interessenkonfliktes gilt ebenfalls für deren Angehörige wie Verlobte, Ehegatten, Lebenspartner, Verwandte, Verschwägte gerader Linie, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten und Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Ehegatten und Lebenspartner, Geschwister der Eltern sowie Pflegeeltern und Pflegekinder. Trifft eine der o.g. Konstellationen zu, besteht eine schriftliche Anzeigepflicht gegenüber der regiobus durch den Bieter.

2 Anschrift des öffentlichen Auftraggebers

regiobus Hannover GmbH
Georgstraße 54
30159 Hannover

3 Wirtschaftliche und technische Anforderungen, finanzielle Sicherheiten und Angaben

Die wirtschaftlichen und technischen Anforderungen, finanziellen Sicherheiten und Angaben ergeben sich gemäß der Anlage Angebotsschreiben sowie gemäß der Anlage Leistungsbeschreibung.

4 Art des Auftrags

Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die zu erbringende Leistung gemäß der Anlage Leistungsbeschreibung.

5 Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien des Vergabeverfahrens ergeben sich gemäß der Anlage Leistungsbeschreibung.

6 Angebotsabgabe für den Fall der Zulassung von Angeboten in nicht elektronischer Form

Sind Angebote in nicht elektronischer Form zugelassen und möchte der Bieter sein Angebot nicht elektronisch einreichen, ist das Angebot in Schriftform unter der Anschrift des öffentlichen Auftraggebers einzureichen.

Das Angebot ist zu kennzeichnen:

ANGEBOT – NICHT ÖFFNEN

Vergabeverfahren

Vergabenummer

Titel gemäß eVergabe angeben

Projekt Nr. gemäß eVergabe angeben



Bewertungsmethode Preis/Leistung

-Dies gilt als Beispiel und soll die Berechnung verdeutlichen-

Inhalt

1	Bewertungsmethode.....	3
1.1	Zuschlagskriterien.....	3
1.2	Preis.....	3
1.2.1	Allgemeines	3
1.2.2	Wertung P-Wert	4
1.3	Leistung	4
1.3.1	Kriterium B.....	4
1.3.2	Kriterium C.....	4
1.3.3	Wertung L-Wert.....	5

1 Bewertungsmethode

Angewandte Bewertungsmethode: „Freie Verhältniswahl Preis/Leistung“

Berechnungsgrundlage:

$$\text{Gewichtung Preis} * \text{P-Wert} + \text{Gewichtung Leistung} * \text{L-Wert} = \text{Z-Wert}$$

Je höher der Z-Wert desto wirtschaftlicher ist das Angebot. Der maximal erreichbare Z-Wert eines Bieters ist 100.

1.1 Zuschlagskriterien

Pos.	Kriterium	Gewichtung
1.2	Preis	60 %
	- Kriterium A	
1.3	Leistung	40 %
1.3.1	- Kriterium B	40 %
1.3.2	- Kriterium C	60 %
	Gesamt	100 %

1.2 Preis

1.2.1 Allgemeines

Der angebotene Festpreis enthält alle Kosten frei Verwendungsstelle. Eingeschlossen sind hier alle Kosten für Verpackung, Transport und Montage bis zur funktionsfähigen Übergabe, für Nebenleistungen, etwaige Auslösungs-, Fahrt-, Zehr- und Wegegelder, Lohnzulagen, Über- und Sonntagsstunden, welche aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, geleistet werden müssen.

Der Preis beinhaltet somit sämtliche Nebenkosten (Reisekosten, Hotel, Seminarunterlagen u. ä.).

Die Ausführung der oben genannten Leistung wird zu den eingesetzten Preisen angeboten. Das Angebot gilt bis zum Ablauf der Bindefrist.

Die Angebotssumme ist der Leistungsbeschreibung / dem Leistungsverzeichnis / dem Preisblatt zu entnehmen.

1.2.2 Wertung P-Wert

Ermittlung P-Wert:

$$\frac{\text{Günstigster Angebotspreis}}{\text{Angebot Bieter 1, 2, 3 usw.}} * 100 = \text{P-Wert}$$

1.3 Leistung

1.3.1 Kriterium B

Der Bieter bietet folgende Zeiten als vertraglich verbindliche maximale Reaktionszeiten von Einzelbeauftragung bis Veröffentlichung in den jeweils im Paket enthaltenen Online-medien an:

10 Punkte: 1 Werktag

7 Punkte: 2 Werktage

4 Punkte: 3 Werktage

Eine längere Bearbeitungszeit als 3 Werktage wird mit 0 Punkten bewertet.

Definition Werktag:

1 Werktag bedeutet, dass eine Anfrage am spätestens am Folgetag bis 18 Uhr bearbeitet sein muss.

Bsp: Eine Anfrage vom 15. März muss spätestens bis zum 16. März, 18 Uhr bearbeitet sein. Eine Bearbeitung am 17. März, 18 Uhr wird als 2 Werkstage gewertet.

1.3.2 Kriterium C

Wir erwarten drei Arbeitsproben (Angebote für drei verschiedene Vakanzen), die zur Bewertung mit dem Angebot vorzulegen sind. Die Arbeitsproben sind wie unter Punkt „2.1 Auftrag“ beschrieben und unter Berücksichtigung des ÜSTRA Corporate Design, zu erstellen. Die Arbeitsproben sind unentgeltlich zu erstellen und müssen sich jeweils auf die Berufe Bauingenieur (m/w/d), IT Projektleiter (m/w/d) und Personalbetreuer (m/w/d) beziehen. Bei den Angeboten ist zwingend StepStone als Marktführende Plattform, immer, im jeweiligen Paket zu berücksichtigen.

Eingereichten Arbeitsproben werden insgesamt wirtschaftlich betrachtet und wie folgt bewertet:

10 Punkte: Die Vorgaben für die Inhalte und das Layout der Stellenanzeige sowie des Corporate Designs wurden vollumfänglich umgesetzt.

7 Punkte: Die Vorgaben für die Inhalte und das Layout der Stellenanzeige sowie des Corporate Designs wurden weitestgehend umgesetzt.

4 Punkt: Die Vorgaben für die Inhalte und das Layout der Stellenanzeige sowie des Corporate Designs wurden mit Mängeln aber brauchbar umgesetzt.

0 Punkte: Die Umsetzung der Vorgaben für die Inhalte und das Layout der Stellenanzeige sowie des Corporate Designs sind nicht verwendbar.

Die Bewertung erfolgt anhand der in der Leistungsbeschreibung konkretisierten Aspekte und Aufgabenstellungen. Innerhalb der Punktvergabe werden je nach Qualität Abstufungen vorgenommen.

Eine Bewertung mit weniger als 5 Punkten führt zu einer Nichtberücksichtigung des Angebotes.

1.3.3 Wertung L-Wert

Ermittlung L-Wert:

$$\frac{\text{Summe Punkte Bieter 1, 2, 3 usw.}}{\text{max. erreichbare Leistungspunkte}} * 100 = \text{L-Wert}$$



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Bundesressorts
Länder
Kommunale Spitzenverbände
gem. E-Mail-Verteiler

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-5906

bearbeitet von:
ORR Schwerdtfeger

IB6

simon.schwerdtfeger@bmwk.bund.de

www.bmwk.de

**Betreff: Erste Informationen zur Anwendung der Russland-Sanktionen
im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen vom
8. April 2022**

Bezug: 5. Sanktionspaket; Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Aktenzeichen: 20601/000#1

Anlagen: Muster-Eigenerklärung; Übersicht über Anwendung der
Sanktionen über die Vergabe-Richtlinien hinaus (betr.

Ausnahmetatbestände)

Berlin, 14.04.2022

Seite 1 von 5

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (nachfolgend: Sanktions-VO) über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, wurden seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erstmals auch Sanktionen erlassen, die die Vergabe und die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der EU-Schwellenwerte nach § 106 GWB unmittelbar und ohne weitere nationale Umsetzungsrechtsakte betreffen.

Das vorliegende Rundschreiben gibt einen ersten und vorläufigen Überblick über Reichweite und Anwendung des Zuschlags- und Vertragserfüllungsverbots in Art. 5k Sanktions-VO. Damit soll dem Bedürfnis einer möglichst praxisnahen und einheitlichen Anwendung der Sanktionen in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen werden.



Seite 2 von 5

Dieses Rundschreiben dient ausschließlich Informationszwecken und steht unter dem Vorbehalt einer anderslautenden Auslegung der einschlägigen EU-Verordnungen durch den Gerichtshof der Europäischen Union. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wird die Auslegungshinweise fortlaufend auf seiner Website und bei Bedarf ggf. durch weitere Rundschreiben aktualisieren und ergänzen.

1. Gegenstand der Sanktionen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen

Gegenstand der Sanktionen im Bereich der öffentlichen Aufträge und Konzessionen sind

- einerseits ein **seit dem 09.04.2022** geltendes **Zuschlagsverbot** für noch nicht abgeschlossene Vergabeverfahren;
- andererseits das **Verbot**, bereits vor dem 09.04.2022 **vergebene Aufträge und Konzessionen ab dem 11.10.2022 weiter zu erfüllen (Vertragserfüllungsverbot)**,

soweit Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten oder mittelbar, mit mehr als 10 % gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises an dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind.

Ein **Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift** besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.



Seite 3 von 5

Unter Berücksichtigung der Regelungssystematik der Sanktions-VO besteht der Russland-Bezug iSd Vorschrift auch dann, wenn die betroffene Person **neben der russischen Staatsangehörigkeit eine weitere Staatsangehörigkeit** (einschl. einer EU-Staatsangehörigkeit) innehat (siehe etwa Umkehrschluss aus Art. 5b Sanktions-VO).

2. Anwendungsbereich

Die Verbotstatbestände nach der Sanktions-VO betreffen öffentliche Aufträge und Konzessionen **ab Erreichen der EU-Schwellenwerte** nach § 106 GWB. Für den Bereich unterhalb der EU-Schwellenwerte ergeben sich aus Art. 5k Sanktions-VO unmittelbar keine Besonderheiten. Für Auftraggeber, die das GWB-Vergaberecht im konkreten Fall ausschließlich kraft Zuwendungsbescheids anzuwenden haben, gilt Art. 5k Sanktions-VO nicht unmittelbar.

Über den Anwendungsbereich der EU-Vergaberichtlinien hinaus betrifft das Verbot auch bestimmte, in den EU-Vergaberichtlinien enthaltene Ausnahmetatbestände, für die kein Vergabeverfahren nach dem GWB-Vergaberecht durchzuführen ist. Auch in diesem Fall sind grundsätzlich jeweils nur Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der EU-Schwellenwerte von den Sanktionen betroffen. Details dazu können Sie der Übersicht in der Anlage entnehmen.

Alle Beschaffungsvorgänge, die unter die sonstigen (d.h. in der Vorschrift nicht genannten) Ausnahmetatbestände fallen, werden von den EU-Sanktionen nicht erfasst (z.B. § 137 Nr. 8 GWB).

3. Reichweite des Verbots

Das Verbot betrifft Personen und Unternehmen, die sich als Bewerber oder Bieter **unmittelbar an einem Vergabeverfahren** beteiligen bzw. **unmittelbarer Auftragnehmer** sind.

Daneben sind auch **mittelbar an der Auftragsausführung** beteiligte Personen und Unternehmen von dem Zuschlags- bzw. Vertragserfüllungsverbot erfasst, soweit auf diese **mehr als 10% des Auftragswertes** entfällt. Das betrifft:



Seite 4 von 5

- Unterauftragnehmer
- Lieferanten
- Unternehmen, deren Kapazitäten im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch genommen werden.

Vertragserfüllungsverbot: Im Hinblick auf bereits geschlossene Verträge ist seitens des Auftraggebers Folgendes zu beachten:

- Fällt der Auftragnehmer wegen seines Bezugs zu Russland selbst unmittelbar unter die Sanktion, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu beenden.
- Sind lediglich Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch genommen werden, wegen ihres Bezugs zu Russland von der Sanktion erfasst, ist der Auftragnehmer zu verpflichten, die Geschäftsbeziehung im Zusammenhang mit der Erfüllung des Auftrags zum 10. Oktober 2022 zu beenden. Andernfalls ist der Vertrag mit dem Auftragnehmer zu kündigen (s.o.).
- Im Hinblick auf Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit der Beendigung von Vertragsverhältnissen ist insb. Art. 11 Sanktions-VO zu beachten, mit dem eine Schadensersatzpflicht EU-rechtlich unmittelbar ausgeschlossen wird, soweit der Anspruch von den in Art. 11 Abs. 1 Sanktions-VO genannten Personen oder Unternehmen geltend gemacht wird.

In beiden Varianten des Verbots besteht **kein Ermessensspielraum** des Auftraggebers.

4. Erbringung von Nachweisen im Vergabeverfahren

Noch nicht abgeschlossene Vergabeverfahren: Für Vergabeverfahren ab Erreichen der EU-Schwellenwerte stellen wir das **in der Anlage beigefügte Muster einer Eigenerklärung** zur Vorlage durch Bewerber und Bieter bzw. sämtliche Mitglieder einer Bietergemeinschaft zur Verfügung.



Seite 5 von 5

Angebote von Unternehmen, die eine entsprechende Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (siehe insb. § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV).

5. Genehmigung von Ausnahmen

Die Einholung von Genehmigungen für Ausnahmen vom Verbot nach Art. 5k Abs. 2 Sanktions-VO obliegt grundsätzlich dem jeweiligen Auftraggeber.

Die zuständige Stelle für die Erteilung von Ausnahmen wird kurzfristig durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bekannt gegeben.

6. Ergänzende Informationen

Neben dem Informationsangebot auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz stellt die Europäische Kommission fortlaufend aktualisierte Informationen zu den EU-Russland-Sanktionen auf ihrer Website zur Verfügung, die schrittweise ergänzt werden:

- Informationen rund um das 5. Sanktionspaket sind unter folgendem Link abrufbar:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_22_2333
- Die Europäische Kommission hat außerdem eine E-Mail-Adresse zur Beantwortung von Fragen zu den Sanktionen eingerichtet:
ec-russia-sanctions@ec.europa.eu

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

gez. Dr. Konrad von Hoff

**Vereinbarung
über die Verarbeitung im Auftrag
gemäß Art. 28 DSGVO¹**

(im Folgenden **Auftragsverarbeitungsvertrag**)

zwischen

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover

(im Folgenden der **Auftraggeber**)

und

[Firma und Adresse des Auftragnehmers einfügen]

(im Folgenden Auftragnehmer, gemeinsam mit dem Auftraggeber die Parteien)

Vorbemerkung

- (1) Die Parteien haben am **Vertragsdatum einfügen** einen Vertrag über **Vertragsgegenstand einfügen** geschlossen (im Folgenden der **Service-Vertrag**).
- (2) Im Rahmen der Durchführung des Service-Vertrages wird der Auftragnehmer personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeiten.
- (3) Dieses vorausgeschickt, einigen sich die Parteien wie folgt:

1. Gegenstand

- (1) Dieser Auftragsverarbeitungsvertrag konkretisiert die Rechte und Pflichten der Parteien, die sich aus der Verarbeitung personenbezogener Daten des Auftraggebers durch den Auftragnehmer bei der Durchführung des Service-Vertrages ergeben.

¹ **Sämtliche in diesem Auftragsverarbeitungsvertrag verwendeten Begriffe haben die in der DSGVO definierte Bedeutung.**

- (2) Erfasst von diesem Auftragsverarbeitungsvertrag sind sämtliche personenbezogenen Daten des Auftraggebers, auf die der Auftragnehmer bei der Durchführung des Service-Vertrages Zugriff hat. Dies gilt unabhängig davon, ob dem Auftragnehmer diese personenbezogenen Daten von dem Auftraggeber übermittelt werden, er sie selbständig generiert oder diese auf anderem Wege, z.B. von den betroffenen Personen selbst, erhält. Dies gilt weiter unabhängig davon, ob es sich bei den betroffenen Personen um Mitarbeiter des Auftraggebers, Kunden des Auftraggebers oder sonstiger Personen handelt. Die Regelungen dieses Auftragsverarbeitungsvertrages gelten entsprechend auch für alle nicht-personenbezogenen Daten des Auftraggebers, auf die der Auftragnehmer bei der Durchführung des Service-Vertrages Zugriff hat.

2. Grundsätze der Verarbeitung

- (1) Der Auftragnehmer garantiert, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen in der Weise durchzuführen, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der DSGVO erfolgt und den Schutz der Rechte der betroffenen Personen gewährleistet. Die Einzelheiten ergeben sich aus Ziff. 8 dieses Auftragsverarbeitungsvertrages.
- (2) Die Verarbeitung durch den Auftragnehmer und ggfs. der weiteren von ihm beauftragten Unterbeauftragten findet ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn darüber hinaus die besonderen Voraussetzungen von Kapitel V der DSGVO erfüllt sind.

3. Unterbeauftragung

- (1) Der Auftragnehmer nimmt keinen weiteren Auftragnehmer (**Unterbeauftragter**) ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Auftraggebers in Anspruch.
- (2) Eine vorherige schriftliche Genehmigung des Auftraggebers ist auch erforderlich, wenn der Auftragnehmer eine Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung oder die Ersetzung von Unterbeauftragten beabsichtigt.
- (3) Nimmt der Auftragnehmer die Dienste eines Unterbeauftragten in Anspruch, um bestimmte Verarbeitungstätigkeiten im Namen des Auftraggebers auszuführen, so werden dem Unterbeauftragten im Wege eines Vertrages (oder eines anderen Rechtsinstruments nach dem Unionsrecht oder dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats) dieselben Datenschutzpflichten auferlegt, die in diesem Auftragsverarbeitungsvertrag festgelegt sind, wobei insbesondere hinreichende Garantie dafür geboten werden muss, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung entsprechend den Anforderungen der DSGVO erfolgt.

- (4) Insbesondere sind bei der Unterbeauftragung dem Auftraggeber Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieses Auftragsverarbeitungsvertrages und der Vorgaben der DSGVO beim Unterauftragnehmer einzuräumen. Dies umfasst auch das Recht des Auftraggebers, vom Auftragnehmer auf schriftliche Anforderung Auskunft über den wesentlichen Vertragsinhalt und die Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen im Unterauftragsverhältnis durch Einsicht in die relevanten Vertragsunterlagen zu erhalten. Ungeachtet eines etwaigen Auskunftsverlangens des Auftraggebers hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber etwaige Unterauftragsverträge vor deren Abschluss unaufgefordert zur Prüfung vorzulegen.
- (5) Kommt der Unterbeauftragte seinen Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber für die Einhaltung der Pflichten des Unterbeauftragten. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Pflichten des Unterbeauftragten regelmäßig zu überprüfen.
- (6) Als Unterbeauftragung im Sinne dieser Regelung sind auch solche Dienstleistungen zu verstehen, die der Auftragnehmer bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung bei der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt. Dazu zählen z.B. Telekommunikationsleistungen, Wartung und Benutzerservice, Prüfer oder die Entsorgung von Datenträgern.
- (7) Die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Artikel 40 DSGVO oder eines genehmigten Zertifizierungsverfahrens gemäß Artikel 42 DSGVO durch den Unterbeauftragten kann nur dann als Faktor herangezogen werden, um hinreichende Gewährleistung im Sinne von Ziff. 3 Abs. 2 dieses Auftragsverarbeitungsvertrages nachzuweisen, wenn der Auftraggeber dem vorab schriftlich zugestimmt hat.

4. Umfang und der Zweck der Verarbeitung

In Anlage 1 zu diesem Auftragsverarbeitungsvertrag sind folgende Angaben aufgeführt, die als Maßgabe für die Verarbeitung vom Auftragnehmer zu beachten sind:

- die Kategorien betroffener Personen,
- die Arten personenbezogener Daten
- sowie der Umfang und der Zweck der Verarbeitung.

5. Weisungsrecht des Auftraggebers

- (1) Die personenbezogenen Daten werden nur auf dokumentierte Weisung des Auftraggebers – auch in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation – verarbeitet, sofern er nicht durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragnehmer unterliegt, hierzu verpflichtet ist; in einem solchen Fall teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor der

Verarbeitung schriftlich mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet.

- (2) Der Auftraggeber behält sich ein umfassendes Weisungsrecht über Art, Umfang und Verfahren der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten vor, das er durch Einzelweisungen konkretisieren kann.
- (3) Der Auftragnehmer dokumentiert die Weisungen des Auftraggebers. Mündliche Weisungen wird der Auftraggeber unverzüglich schriftlich oder per E-Mail (in Textform) bestätigen.
- (4) Der Auftragnehmer verwendet die von diesem Auftragsverarbeitungsvertrag erfassten personenbezogenen Daten für keine anderen Zwecke als die Durchführung des Auftrags. Der Auftragnehmer ist insbesondere nicht berechtigt, sie an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung erforderlich sind, sowie Daten, die im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich sind.

6. Kontrollrechte des Auftraggebers

- (1) Der Auftragnehmer erkennt an, dass der Auftraggeber jederzeit berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarungen unter diesem Auftragsverarbeitungsvertrag zu kontrollieren.
- (2) Der Auftraggeber kann sich insbesondere nach rechtzeitiger Anmeldung mit Frist von mindestens zwei (2) Werktagen im Voraus zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragnehmers zu den üblichen Geschäftszeiten von der Angemessenheit der von dem Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie der Einhaltung der sonstigen Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarungen unter diesem Auftragsverarbeitungsvertrag überzeugen. Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber oder einem von diesem beauftragten Dritten die in diesem Umfang erforderlichen Zutritts-, Zugangs-, Auskunfts- und Einsichtsrechte.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf schriftliche Anforderung unverzüglich sämtliche Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung einer Kontrolle erforderlich sind. Hierzu kann der Auftragnehmer auch aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragter, IT-Sicherheitsabteilung, Datenschutzauditoren, Qualitätsauditoren) oder eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit vorlegen.

7. Verpflichtung auf die Vertraulichkeit und das Datengeheimnis

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sich die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten unter diesem Auftrag befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen und sich zudem auf das Datengeheimnis verpflichtet haben.

8. Technische und organisatorische Maßnahmen

- (1) Unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der Implementierungskosten und der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen trifft der Auftragnehmer geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten.
- (2) Bei der Beurteilung des angemessenen Schutzniveaus sind insbesondere die Risiken zu berücksichtigen, die mit der Verarbeitung verbunden sind, insbesondere durch – ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig – Vernichtung, Verlust, Veränderung oder unbefugte Offenlegung von beziehungsweise unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten, die übermittelt, gespeichert oder auf andere Weise verarbeitet wurden.
- (3) Die von dem Auftragnehmer mindestens zu ergreifenden technischen und organisatorischen Maßnahmen ergeben sich aus Anlage 2 zu diesem Auftragsverarbeitungsvertrag. Jede Änderung dieser Maßnahmen bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (4) Die Parteien sind sich einig, dass die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Artikel 40 DSGVO oder eines genehmigten Zertifizierungsverfahrens gemäß Artikel 42 DSGVO als Faktor herangezogen werden kann, um die Erfüllung der in dieser Ziff. 8 dieses Auftragsverarbeitungsvertrages genannten Anforderungen nachzuweisen.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben, diese nur auf Anweisung des Auftraggebers verarbeiten, es sei denn, sie sind nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten zur Verarbeitung verpflichtet.

9. Informationspflichten des Auftragnehmers

- (1) Sollten die von diesem Auftrag erfassten personenbezogenen Daten beim Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer wird alle in diesem

Zusammenhang involvierten Dritten unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit und das Eigentum an den Daten ausschließlich beim Auftraggeber als Verantwortlichem liegen.

- (2) Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich, wenn ihm Verletzungen des Schutzes von diesem Auftrag erfasster personenbezogener Daten bekannt werden. Der Auftragnehmer trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten und zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen der betroffenen Personen und spricht sich hierzu unverzüglich mit dem Auftraggeber ab.
- (3) Diese Mitteilungspflicht des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber gilt auch bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufs, bei Verdacht auf sonstige Verletzungen gegen Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten oder anderen Unregelmäßigkeiten beim Umgang mit personenbezogenen Daten des Auftraggebers.
- (4) Die Mitteilung einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten an den Auftraggeber enthält zumindest folgende Information:
 - a) eine Beschreibung der Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, soweit möglich mit Angabe der Kategorien und der ungefähren Zahl der betroffenen Personen, der betroffenen Kategorien und der ungefähren Zahl der betroffenen personenbezogenen Datensätze;
 - b) den Namen und die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten oder einer sonstigen Anlaufstelle für weitere Informationen;
 - c) eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;
 - d) eine Beschreibung der von dem Auftragnehmer ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und gegebenenfalls Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.
- (5) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden informieren. Dies gilt auch, soweit eine andere Behörde oder staatliche Einrichtung beim Auftragnehmer ermittelt.

10. Pflichten zur Unterstützung des Verantwortlichen

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, angesichts der Art der Verarbeitung den Auftraggeber nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen dabei zu unterstützen, seiner Pflicht zur Beantwortung von Anträgen auf Wahrnehmung der in Kapitel III der DSGVO genannten Rechte der betroffenen Person (**Betroffenenrechte**) nachzukommen.

- (2) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darüber informieren, wenn Betroffene ihre Betroffenenrechte gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen und dieses Ersuchen an den Auftraggeber weiterleiten.
- (3) Soweit eine Vornahme von Handlungen, die der Erfüllung der Betroffenenrechte dienen, durch den Auftragnehmer in Frage kommt, hat der Auftragnehmer nur nach Weisung des Auftraggebers zu handeln.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Verantwortlichen bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten (Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung, Meldungs- und Benachrichtigungspflichten, Datenschutz-Folgenabschätzung) zu unterstützen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alle erforderlichen Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in Artikel 28 DSGVO niedergelegten Pflichten zur Verfügung zu stellen und Überprüfungen – einschließlich Inspektionen –, die vom Auftraggeber oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, zu ermöglichen und dazu beizutragen.
- (6) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, falls er der Auffassung ist, dass eine Weisung gegen diese Verordnung oder gegen andere Datenschutzbestimmungen der Union oder der Mitgliedstaaten verstößt.

11. Datenschutzfreundliche Voreinstellungen

- (1) Entsprechend der Pflicht des Auftraggebers nach Art. 25 Abs. 2 DSGVO trifft der Auftragnehmer geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, die sicherstellen, dass durch Voreinstellung grundsätzlich nur personenbezogene Daten, deren Verarbeitung für den jeweiligen bestimmten Verarbeitungszweck erforderlich ist, verarbeitet werden. Diese Verpflichtung gilt für die Menge der erhobenen personenbezogenen Daten, den Umfang ihrer Verarbeitung, ihre Speicherfrist und ihre Zugänglichkeit. Solche Maßnahmen müssen insbesondere sicherstellen, dass personenbezogene Daten durch Voreinstellungen nicht ohne Eingreifen der Person einer unbestimmten Zahl von natürlichen Personen zugänglich gemacht werden.
- (2) Ein genehmigtes Zertifizierungsverfahren gemäß Artikel 42 DSGVO kann als Faktor herangezogen werden, um die Erfüllung der in Ziff. 11 Abs. 1 dieses Auftragsverarbeitungsvertrages genannten Anforderungen nachzuweisen.

12. Vertraulichkeit / Geheimhaltungspflicht

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftraggebers geheim zu halten und in keinem Fall Dritten zur Kenntnis zu bringen.
- (2) Die Vertraulichkeitsregelungen des Service-Vertrages bleiben unberührt.

13. Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer und gegebenenfalls deren Vertreter arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.

14. Laufzeit

- (1) Dieser Auftragsverarbeitungsvertrag tritt mit seiner Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft und gilt für die Laufzeit des Service-Vertrages.
- (2) Die – auch vorzeitige – Beendigung des Service-Vertrages, egal aus welchem Grund, führt zur entsprechenden vorzeitigen Beendigung dieses Auftragsverarbeitungsvertrages.

15. Löschpflicht und Rückgabepflicht nach Beendigung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Abschluss der Erbringung der Verarbeitungsleistungen oder früher nach Aufforderung durch den Auftraggeber – spätestens mit Beendigung dieses Auftragsverarbeitungsvertrages – alle personenbezogenen Daten und sämtliche in seinen Besitz gelangte Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, nach Wahl des Auftraggebers entweder datenschutzgerecht zu löschen oder zurückzugeben, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Die Datenlöschung darf erst nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers erfolgen. Das Protokoll der Löschung ist auf Anforderung vorzulegen.
- (2) Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragnehmer entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Auftraggeber übergeben.
- (3) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, ein Zurückbehaltungsrecht im Hinblick auf die Pflichten zur Löschung oder Rückgabe geltend zu machen.

16. Datenschutzbeauftragter

- (1) Der Auftragnehmer hat einen Datenschutzbeauftragten unter Beachtung der Art. 37 bis 39 DSGVO schriftlich zu benennen, es sei denn, eine Benennung ist nach den Regelungen der DSGVO bzw. des BDSG entbehrlich.
- (2) Die jeweils aktuellen Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind auf der Homepage der Website des Auftragnehmers leicht zugänglich hinterlegt gem. Art. 37 Abs. 7 DSGVO und dem Auftraggeber gesondert mitzuteilen, es sei denn, eine Benennung ist nach den Regelungen der DSGVO bzw. des BDSG entbehrlich.

17. Haftung

- (1) Die Haftungsregelungen des Service-Vertrages gelten für diesen Auftragsverarbeitungsvertrag nicht. Die Haftung des Auftragnehmers unter diesem Auftragsverarbeitungsvertrag richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend nicht abweichend bestimmt.
- (2) Sofern Dritte in Fällen der Verletzung einer in diesem Auftragsverarbeitungsvertrag festgelegten oder in Bezug genommenen Verpflichtung oder Garantie durch den Auftragnehmer Ansprüche gegen den Auftraggeber geltend machen (vgl. Art. 82 DS-GVO), stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von diesen Ansprüchen sowie den hiermit verbundenen angemessenen Kosten der Rechtsverteidigung auf erstes Anfordern frei. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer in diesen Fällen unverzüglich über die Geltendmachung von Ansprüchen informieren und ihm im gesetzlich zulässigen Umfang Gelegenheit zur Abwehr des geltend gemachten Anspruchs einräumen. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer in angemessener Weise (insbesondere durch die Bereitstellung von Informationen und Unterlagen) bei der Abwehr des Anspruchs unterstützen.
- (3) Für jede Verletzung einer Garantie oder Verpflichtung aus diesem Vertrag ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber pro Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 25.000,00 zu bezahlen. Im Falle einer andauernden Verletzung gilt jeder Zeitraum von sieben (7) Kalendertagen als jeweils eigenständiger Verstoß. Die Gesamtsumme der Vertragsstrafen pro Kalenderjahr ist auf EUR 250.000,00 begrenzt. Die Vertragsstrafe wird auf eventuell vereinbarte Haftungshöchstgrenzen nicht angerechnet. Die Geltendmachung von Vertragsstrafen lässt Ansprüche des Auftraggebers auf Schadenersatz (unabhängig von ihrer rechtlichen Grundlage) unberührt.

18. Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Auftragsverarbeitungsvertrag ist integraler Bestandteil des Service-Vertrages. Bei Abweichungen zwischen den Regelungen des Service-Vertrages und diesem Auftragsverarbeitungsvertrages gehen die Regelungen dieses Auftragsverarbeitungsvertrages vor.

- (2) Es gelten die Schlussbestimmungen des Service-Vertrages entsprechend.

Für den Auftragnehmer:

Unterschrift

Name in Druckbuchstaben

Titel

Datum

Für den Auftraggeber:

Unterschrift

Name in Druckbuchstaben

Titel

Datum

Anlage 1

Kategorien betroffener Personen, Arten personenbezogener Daten, Umfang und Zweck der Verarbeitung

1. Kategorien betroffener Personen

[Bitte Kreis der Personengruppen (z.B. Kunden, Interessenten, Beschäftigte, etc.) bezeichnen. Alternativ kann auf den Service-Vertrag verwiesen werden, wenn dort die entsprechenden Angaben aufgeführt sind.]

2. Arten personenbezogener Daten

[Bitte Arten der Datenkategorien (z.B. Name, Anschrift, Vertragsdaten, Kundenhistorie, etc.) bezeichnen. Insbesondere, falls besondere Kategorien personenbezogener Daten (Gesundheitsdaten, etc.) oder personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen verarbeitet werden. Alternativ kann auf den Service-Vertrag verwiesen werden, wenn dort die entsprechenden Angaben aufgeführt sind.]

3. Umfang der Verarbeitung

[Bitte einfügen, welche konkreten Tätigkeiten (Erheben, Erfassen, Organisation, Ordnen, Speichern, etc.) ausgeführt werden.]

4. Zweck der Verarbeitung

[Bitte Zweck möglichst konkret bezeichnen. Alternativ kann auf den Service-Vertrag verwiesen werden, wenn dort die entsprechenden Angaben aufgeführt sind.]

Anlage 2 zum Auftragsverarbeitungsvertrag zum Ausfüllen durch den Auftragnehmer;
alternativ kann das eigene TOM-Konzept abgegeben werden.

Technische und organisatorische Maßnahmen des Auftragnehmers zur Sicherung
personenbezogener Daten („TOM-Konzept“)

1. Maßnahmen der Zutrittskontrolle
2. Maßnahmen der Zugangskontrolle
3. Maßnahmen der Zugriffskontrolle
4. Maßnahmen der Weitergabekontrolle
5. Maßnahmen der Eingabekontrolle
6. Maßnahmen der Auftragskontrolle
7. Maßnahmen der Verfügbarkeitskontrolle
8. Maßnahmen zur Trennungskontrolle

Mindestanforderungen an Technische und Organisatorische Maßnahmen (TOM) gem. DSGVO

Der Auftragsverarbeiter wird im Rahmen der Leistungserbringung mindestens die nachfolgenden technischen und organisatorischen Maßnahmen einhalten.

Hinweis: Maßnahmen können durch adäquate Alternativen ebenfalls erfüllt werden

Vertraulichkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. a DSGVO)

1. Zutrittskontrolle

- Schließanlage - Closed Shop Prinzip (Nur Berechtigte haben Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen und sind dokumentiert und werden regelmäßig überprüft)

2. Zugangskontrolle

- Passwortrichtlinie/-Vorgaben
- Virenschutz
- Firewall
- Sperrung von Clients nach Inaktivität
- Multi-Faktor-Authentifizierung für hochprivilegierte Benutzerkonten

3. Zugriffskontrolle

- Berechtigungskonzept (Need-to-know-Prinzip) mit personalisierten Benutzerkonten

4. Integrität (Art. 32 Abs. 1 lit. b DSGVO)

- Transportverschlüsselung/verschlüsselte Datenübertragungen
- Regelung zur datenschutzkonformen Datenlöschung (z.B. DIN66399)

5. Weitergabekontrolle

- Verschlüsselung von mobilen IT-Systemen/Datenträgern (Notebooks, Festplatten, etc.)
- Verpflichtung zur Vertraulichkeit der Mitarbeitenden

6. Eingabekontrolle

- Technische Protokollierung der Eingabe, Änderung und Löschung von Daten

7. Verfügbarkeitskontrolle

- Backup-Konzept
- Durchführung regelmäßiger Backup Tests
- Regelmäßiges Einspielen von Patches und Behandlung von Schwachstellen
- Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen zum Brandschutz

Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung (Art. 32 Abs. 1 lit. d DSGVO, Art. 25 Abs. 1 DS-GVO)

- Datenschutzrichtlinie

Zusätzliche Schutzmaßnahmen bei sensiblen (Gesundheits-) Daten - bitte (falls zutreffend) beschreiben:

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

§ 1 Allgemeines

1. Diese Allgemeinen Einkaufs- und Zahlungsbedingungen (AGB) gelten zwischen der regiobus Hannover GmbH und ihren Auftragnehmern in der zum Zeitpunkt der Bestellung der regiobus Hannover GmbH als Auftraggeber gültigen bzw. jedenfalls in der dem Auftragnehmer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung für Verträge über Liefer- und Dienstleistungen (nachfolgend: Lieferungen und/oder Leistungen) einschließlich Nachtragsvereinbarungen, sofern der Auftragnehmer Unternehmer, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich rechtliches Sondervermögen ist.

2. Keine Geltung haben diese AGB gegenüber Verbrauchern.

3. Für Verträge über Bauleistungen sowie diesbezügliche Nachtragsvereinbarungen gelten diese AGB nur insoweit, als dass Regelungen außerhalb des Anwendungsbereichs der VOB/B getroffen werden und die Geltung der VOB/B im Ganzen nicht berührt wird.

4. Entgegenstehende, ergänzende oder abweichende Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur dann, wenn sie von der regiobus Hannover GmbH ausdrücklich und in Schrift- oder Textform angenommen bzw. bestätigt worden sind. Das gleiche gilt, vorbehaltlich des Gegenbeweises, für im Einzelfall mit dem Auftragnehmer getroffene individuelle Vereinbarungen.

5. Die Entgegennahme von Lieferungen oder Leistungen durch die regiobus Hannover GmbH stellt keine Annahme von Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dar.

6. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AGB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Bestellung, Unterrichtungs- und Mitwirkungsverpflichtungen

1. Aufträge sind nur verbindlich, wenn sie schriftlich oder in Textform erteilt wurden. Mündliche Aufträge, auch Nachtragsaufträge (Erweiterungs-

oder Zusatzaufträge) werden nur wirksam, wenn sie von der regiobus Hannover GmbH unverzüglich in Schrift- oder in Textform bestätigt werden. Die regiobus Hannover GmbH kann ihren Auftrag widerrufen, wenn ihn der Auftragnehmer nicht innerhalb von zwei Wochen nach Eingang schriftlich oder in Textform angenommen hat (Auftragsbestätigung).

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen des Vertragsverhältnisses, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption, anderen strafbaren Handlungen sowie sonstigen schweren Verfehlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen zu vermeiden.

3. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der regiobus Hannover GmbH verpflichtet, unverzüglich eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes und der jeweils zuständigen Krankenkasse vorzulegen.

4. Die Bescheinigung des Finanzamtes darf nicht älter als zwölf (12) Monate, die der Krankenkassen darf nicht älter als sechs (6) Monate sein.

5. Der Auftragnehmer kommt seinen gesetzlichen und vertraglichen Mitwirkungspflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nach. Der Auftragnehmer muss die zur Vertragserfüllung erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seinem Machtbereich zur Verfügung stellen.

§ 3 Ausführungsunterlagen und Genehmigungen

1. Ohne Zustimmung der regiobus Hannover GmbH dürfen die dem Auftragnehmer durch die regiobus Hannover GmbH überlassenen Unterlagen (regiobus Hannover GmbH behält sich steht Eigentums- und Urheberrechte vor) Dritten nicht zugänglich gemacht, nicht vervielfältigt und nicht für einen anderen als den vereinbarten Zweck genutzt werden. Sie können jederzeit von der regiobus Hannover GmbH zurückverlangt werden. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.

2. Die regiobus Hannover GmbH ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gelieferten Unterlagen für Schulungen und Instandhaltung sowie nach Vereinbarung im Einzelfall auch für weitergehende

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

Zwecke zu vervielfältigen und zu verwenden.

3. Soweit mit bzw. für die Verwendung von Lieferungen und Leistungen Zulassungen oder Genehmigungen bei Behörden erforderlich sind, obliegt deren Einholung dem Auftragnehmer. Ausgenommen sind Firmenfahrzeuge, die für die regiobus Hannover GmbH bestimmt sind. Genehmigungen und Zulassungen von Behörden müssen uneingeschränkt im Hinblick auf den vereinbarten oder erkennbaren Verwendungszweck gültig sein.

4. Für die vom Auftragnehmer mitzuliefernden oder vorzuhaltenden Gegenstände (Stoffe, Geräte und dergleichen) trifft die regiobus Hannover GmbH keine Schutzpflicht oder sonstige Haftung.

5. Die Haftung für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten bleibt hiervon unberührt.

§ 4 Übertragung des Auftrages an Dritte

Der Auftragnehmer erbringt die vertragsgegenständlichen Leistungen selbst oder durch eigene Arbeitnehmer. Die vollständige oder teilweise Übertragung des Auftrages auf oder die Vergabe von Unteraufträgen an Dritte ist nur nach vorheriger Zustimmung der regiobus Hannover GmbH in Schrift- oder Textform zulässig. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Regelungen des NTVerG zum Einsatz von Nachunternehmen und die diesbezüglichen Anforderungen zu beachten und für deren Beachtung auch durch die Nachunternehmen zu sorgen.

§ 5 Liefergegenstand, Leistungen des Auftragnehmers

1. Lieferungen sind bei der im Auftragschreiben angegebenen Annahmestelle zu den darin angegebenen Zeiten auszuliefern, soweit nichts anderes vereinbart ist.

2. Die Lieferungen und Leistungen sind nach den im Zeitpunkt der Lieferung/Leistung am Erfüllungsort bzw. erfolgreichen Abnahme geltenden Regeln der Technik und gesetzlichen Vorschriften zu erbringen, insbesondere im Hinblick auf Produkt- und Arbeitssicherheit, Umwelt- und

Sozialstandards, Kennzeichnung, Verbraucherschutz, duales System und Unfallverhütung.

3. Die regiobus Hannover GmbH hat das Recht, die vertragsgemäße Ausführung der Leistung jederzeit zu überwachen. Die Regelungen des § 14 NTVerG bleiben davon unberührt.

4. Zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Auftrages (Hauptpflichten) gehören insbesondere auch:

a) Lieferschein bzw. sonstiger Leistungsnachweise,

b) die Durchführung aller behördlich geforderten Prüfungen sowie

c) die Übergabe aller Bedienungs- bzw. Gebrauchsanleitungen sowie Begleitpapiere (wie Sicherheitsdatenblätter), Abnahmezeugnisse, Werkszertifikate, sonstige Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen und solche, die durch den Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung erstellt worden sind.

5. Fehlen die in Ziffer 3 aufgeführten Unterlagen oder werden diese aufgrund nachträglicher Anforderung erst dann zur Verfügung gestellt, ist die regiobus Hannover GmbH berechtigt, unbeschadet weiterer Ansprüche die vertraglichen und gesetzlichen Nacherfüllungsansprüche geltend zu machen.

§ 6 Fristen und Verzug

1. Die in einer Bestellung/einem Auftrag angegebenen Lieferfristen, Leistungszeiten und Termine sind bindend. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist. 2. Es ist unverzüglich zu leisten, sofern nicht eine Leistungsfrist schriftlich oder in Textform vereinbart worden ist.

3. Wird die Leistungsfrist überschritten, so hat der Auftragnehmer unverzüglich, bevor er leistet, die regiobus Hannover GmbH schriftlich oder in Textform über Umstände und die Verzögerung zu informieren und das Einverständnis der regiobus Hannover GmbH mit der verspäteten Leistung schriftlich oder in Textform

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

einzuholen. Andernfalls ist die regiobus Hannover GmbH berechtigt, die Annahme auf Kosten des Auftragnehmers zu verweigern.

§ 7 Erfüllungsort, Abnahme, Verpackung

1. Erfüllungsort ist, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde, der Ort der im Vertrag festgelegten Empfangsstelle der regiobus Hannover GmbH.
2. Für die Abnahme von Leistungen ist ausschließlich die in dem Auftragschreiben bezeichnete Stelle der regiobus Hannover GmbH zuständig.
3. Für jede Lieferung/Leistung des Auftragnehmers haben die Übergabe und die Abnahme an dieser Empfangsstelle gegen Bestätigung zu erfolgen, soweit nicht eine gesonderte Abnahme der Lieferung/Leistung vereinbart ist.
4. Lieferungen sind sachgemäß zu verpacken und sofern vereinbart, zu versenden.
5. Die Kosten für Transport und Verpackung sind im Festpreis enthalten, sofern nicht schriftlich etwas anderes vereinbart ist.
6. Auf Verlangen der regiobus Hannover GmbH hat der Auftragnehmer auf seine Kosten die Verpackungsmaterialien entsprechend der Verpackungsordnung von der Empfangsstelle abzuholen und zu entsorgen.
7. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der regiobus Hannover GmbH verpflichtet, den schriftlichen Nachweis zu erbringen, dass die verwendeten Verpackungen in einem zugelassenen Verpackungsrücknahmesystem lizenziert sind und die Entsorgungskosten dadurch schon bezahlt sind bzw. alle Transport- und Umverpackungen kostenlos entsprechend der Verpackungsverordnung zurückzunehmen.

§ 8 Gefahrübergang, Rügefrist, Eigentumsübergang, Mängelansprüche

1. Die Gefahr geht erst mit der Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. mit der Abnahme an

der vereinbarten Empfangsstelle, bei Versendung an dem vereinbarten Bestimmungsort, auf die regiobus Hannover GmbH über.

2. Fälle von höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung schließen die Befreiung der regiobus Hannover GmbH von der Pflicht, die Lieferung/Leistung entgegenzunehmen, nicht aus.

3. Die regiobus Hannover GmbH prüft die Lieferung/Leistung innerhalb einer angemessenen Frist auf Mängel. Die Rüge gilt als rechtzeitig i. S. d. § 377 HGB erfolgt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen abgegeben wird. Die Frist beginnt bei offensichtlichen Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen mit der Übergabe der Lieferung/Leistung an die Empfangsstelle bzw. mit Eingang bei der regiobus Hannover GmbH am Bestimmungsort und bei verdeckten Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen mit deren Entdeckung.

4. Die regiobus Hannover GmbH ist berechtigt, dem Auftragnehmer nach Verstreichen einer ihm gesetzten angemessenen Frist zur Abholung die Leistung/Lieferung bzw. Teillieferung/Teilleistung auf seine Kosten zurückzusenden. Ein Gefahrübergang auf die regiobus Hannover GmbH findet in diesen Fällen nicht vor der erneuten vertragsgemäßen Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. Abnahme statt.

5. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt der Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. mit der Abnahme an der Empfangsstelle oder bei der Versendung am vereinbarten Bestimmungsort, ohne Vorbehalt irgendwelcher Rechte für den Auftragnehmer, ohne Rücksicht auf die Zahlung der Vergütung, auf die regiobus Hannover GmbH über.

6. Für den Eintritt des Annahmeverzuges der regiobus Hannover GmbH gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der regiobus Hannover GmbH (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist.

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen



7. Gerät die regiobus Hannover GmbH in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen, § 304 BGB. Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache, so stehen ihm weitergehende Rechte nur zu, wenn sich die regiobus Hannover GmbH zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten hat.

8. Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen der regiobus Hannover GmbH Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn ihr der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

9. Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an einer anderen Sache angebracht wurde. Der gesetzliche Anspruch der regiobus Hannover GmbH auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung der regiobus Hannover GmbH bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet die regiobus Hannover jedoch nur, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.

§ 9 Beistellungen, Eigentumsvorbehalt

1. Überlässt die regiobus Hannover GmbH dem Auftragnehmer Gegenstände, egal welcher Art, prüft dieser bei Erhalt umgehend die Ordnungsgemäßheit, Funktionsfähigkeit und Mangelfreiheit der überlassenen Gegenstände. Es ist hierüber ein schriftliches Übergabeprotokoll anzufertigen.

2. Sofern die regiobus Hannover GmbH Sachen beim Auftragnehmer beistellt, behält sie sich hieran das Eigentum vor. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Sachen unentgeltlich und getrennt von anderen Sachen als Eigentum der regiobus

Hannover GmbH zu kennzeichnen und zu verwalten. Ihre Verwendung ist nur für Aufträge der regiobus Hannover GmbH zulässig. Im Falle der Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung (nachfolgend insgesamt „Verarbeitung“) erfolgt diese für die regiobus Hannover GmbH. Die regiobus Hannover GmbH erwirbt das Eigentum an der neuen Sache. Ist dies nicht möglich, erwirbt die regiobus Hannover GmbH Miteigentum im Verhältnis des Wertes der beigestellten Sachen der regiobus Hannover GmbH zum Gesamtwert bzw. den anderen verarbeiteten Sachen zur Zeit der Verarbeitung. Sollte dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, so sind sich die regiobus Hannover GmbH und der Auftragnehmer darüber einig, dass die regiobus Hannover GmbH in jedem Zeitpunkt der Verarbeitung Eigentümer der neuen Sache wird. Der Auftragnehmer verwahrt die neue Sache unentgeltlich für die regiobus Hannover GmbH mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

§ 10 Preise, Nachträge

1. Soweit die Bestellung nicht unmittelbar dem Preisrecht für öffentliche Aufträge unterliegt, versichert der Auftragnehmer, dass die im Angebot eingesetzten Preise nicht höher sind, als sie in vergleichbaren Fällen unter Beachtung der für öffentliche Aufträge geltenden Preisvorschriften mit öffentlichen Auftraggebern vereinbart werden dürften.

2. Die vereinbarten Preise sind Festpreise. Sie gelten frei Erfüllungsort und schließen alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Nachforderungen sind ausgeschlossen. Abweichungen bedürfen der Zustimmung der regiobus Hannover GmbH in Schrift- oder Textform.

3. Die Festpreise enthalten nicht die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer des Auftragnehmers. Die Vergütung der Umsatzsteuer setzt voraus, dass der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet ist, die Steuer gesondert zu erheben und dass die

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

Umsatzsteuer in der Rechnung gesondert ausgewiesen wird.

4. Etwaige Zusätze, Änderungen der Lieferung/ Leistung werden nur dann vergütet, wenn hierüber vor Ausführung dieser Leistung eine schriftliche Nachtragsvereinbarung getroffen worden ist. Die vergaberechtlichen Vorgaben insbesondere § 132 GWB bleiben davon unberührt.

§ 11 Zahlung, Rechnungen

1. Die regiobus Hannover GmbH zahlt durch Überweisung nach eigener Wahl entweder innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Rechnungseingang unter Abzug eines vertraglich vereinbarten Skontos oder innerhalb von (dreißig) 30 Tagen nach Rechnungseingang ohne Skontoabzug. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Leistung als vertragsgemäß.

2. Die Zahlungsfrist beginnt mit dem Eingang der fälligen und prüffähigen Rechnung, bei der zuständigen Stelle der regiobus Hannover GmbH jedoch nicht vor dem Tag der Übergabe der Vertragsleistung gegen Empfangsbestätigung bzw. nach Abnahme.

3. Bei vereinbarten Abschlagszahlungen beginnt die Zahlungsfrist mit dem Tag des Eingangs einer prüffähigen Abschlagsrechnung bei der regiobus Hannover GmbH, wenn vereinbart, bei der dort zuständigen Stelle, jedoch nicht vor Stellung einer vereinbarten Sicherheit.

4. Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung durch die regiobus Hannover GmbH ist die Übergabe des Überweisungsauftrages an die Bank / das Kreditinstitut maßgeblich.

5. Abschlags-, Teil-, Teilschluss- und Schlussrechnungen sind als solche zu bezeichnen und fortlaufend zu nummerieren. Rechnungen ohne gesonderte Bezeichnung werden als Schlussrechnungen behandelt. Zeit, Art und Umfang der Leistung müssen darin erschöpfend, eindeutig und allgemein verständlich angegeben sein. Außerdem sind die Bestellnummer, die Einzelpreise und die Umsatzsteuer anzugeben. Die

Liefer-/ bzw. Leistungsbelege, die der Empfangsstelle des auszuhändigen sind, müssen bereits die Vertragsnummer/oder die Bestellnummer enthalten.

6. Teil-, Teilschluss- oder Abschlagszahlungen werden nur geleistet, wenn sie bei der Auftragserteilung vereinbart worden sind. Sie sind bei der Ermittlung der Schlusszahlung zu berücksichtigen. Die Vorschriften des § 632 a BGB bleiben davon unberührt.

7. Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen. Die regiobus Hannover GmbH und der Auftragnehmer sind verpflichtet, jeweils dem anderen Vertragspartner die danach zustehenden Beträge zu erstatten, soweit es sich um Fehler folgender Art handelt:

- a) Aufmaßfehler, d. h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander,
- b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln (einschließlich Kommafehler),
- c) Übertragungsfehler (einschließlich Seitenübertragungsfehler).

Forderungen aus solchen Fehlern gelten nicht als Auftragsänderungen im Sinne von § 132 GWB.

8. Bei Rückforderungen der regiobus Hannover GmbH aus Überzahlungen, gleich welcher Art und aus welchem Grunde, kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Falle einer Überzahlung bei der Schlusszahlung hat der Auftragnehmer die zu erstattende Überzahlung - ohne Umsatzsteuer - vom Tage nach dem Empfang der Schlusszahlung an mit 4 % jährlich, im Falle des Verzuges in Höhe der gesetzlichen Verzugszinsen zu verzinsen. Dem Auftragnehmer bleibt es vorbehalten, geringere gezogene Nutzungen

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

nachzuweisen.

9. Von der regiobus Hannover GmbH verauslagte Kosten werden vom Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

10. Sämtliche Rechnungen müssen den Anforderungen des § 14 UStG oder diesen ergänzender/ersetzender Regelung entsprechen.

§ 12 Verjährung, Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnung und Abtretung

1. Die Fristen für Mängelansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Gestellte Sicherheiten sind bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist vereinbart.

2. Dem Auftragnehmer stehen keine Zurückbehaltungsrechte zu, soweit sie aus Gegenansprüchen aus anderen Rechtsgeschäften mit der regiobus Hannover GmbH herrühren.

3. Der Auftragnehmer ist nur berechtigt, Zurückbehaltungsrechte geltend zu machen oder mit solchen Forderungen aufzurechnen, die rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von der regiobus Hannover GmbH anerkannt sind.

4. Der Auftragnehmer ist nur nach Zustimmung der regiobus Hannover GmbH in Schrift- oder in Textform berechtigt, Forderungen an Dritte abzutreten oder von Dritten einziehen zu lassen. Dies gilt nicht für den Fall, dass es sich um Geldforderungen handelt. Das gilt auch dann, wenn die Abtretung nur sicherungshalber erfolgen soll. § 354 a HGB bleibt unberührt.

§ 13 Sicherung der Eigentumsrechte, Übertragung von Nutzungs-, Leistungs- und Schutzrechten

1. Der Auftragnehmer garantiert, dass der Inhalt seiner Leistungen und/oder durch den Auftragnehmer gelieferte oder bereitgestellte Vorlagen, Dokumente und/oder Bilder nicht gegen Urheber-, Patent-, Marken-, Lizenz- oder Geschmacksmusterrechte sowie Persönlichkeitsrechte verstoßen.

2. Der Auftragnehmer räumt der regiobus Hannover GmbH in dem gesetzlich zulässigen Umfang zeitlich, räumlich und inhaltlich die unbeschränkten urheber- und leistungsschutzrechtlichen Nutzungsrechte sowie sonstigen Schutzrechte an sämtlichen Werken ein, die im Verlauf seiner Tätigkeit in Erfüllung des Vertrages entstanden sind oder entstehen werden.

3. Insbesondere – jedoch nicht abschließend – räumt der Auftragnehmer der regiobus Hannover GmbH auch für den Fall, soweit die regiobus Hannover GmbH aus rechtlichen Gründen nicht Inhaber der vorgenannten Rechte werden kann, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt, durch Dritte auszuübende ausschließliche, übertragbare, unter Lizenzvergabe, weltweite, Vervielfältigungs- und Verbreitungsrecht, Bearbeitungsrecht, insbesondere das Recht, die Werke unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte, beliebig zu nutzen, zu vervielfältigen, zu ändern, zu kürzen, zu teilen, umzugestalten, zu ergänzen, die Werke mit anderen Werken und/oder Bildern zu verbinden oder darin zu integrieren, die Werke öffentlich zugänglich zu machen oder zu verwerten ein.

4. Sind in den Leistungen des Auftragnehmers schutzfähige Erfindungen, Gedanken oder schutzfähige Erscheinungsformen (Designs) enthalten, ist die regiobus Hannover GmbH berechtigt, hierauf nach freiem Ermessen und auf Ihren Namen in beliebigen Ländern Schutzrechte anzumelden, dieser aufrecht zu erhalten und auch jederzeit fallen zu lassen. Soweit erforderlich, wird der Auftragnehmer die regiobus Hannover GmbH bei der Anmeldung unterstützen; der Auftragnehmer wird alles unterlassen, was die Anmeldung und Verwertung der Rechte durch die regiobus Hannover GmbH behindern könnte. Die aufgrund solcher Anmeldungen stehenden Schutzrechte gehören der regiobus Hannover GmbH.

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

5. Der Auftragnehmer verzichtet, sofern nicht im Einzelfall anderes vereinbart ist, auf die Nennung als Urheber für seine Leistungen.

6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen der Erbringung seiner Leistungen entstehenden Erfindungen oder Gedanken ohne Kosten auf die regiobus Hannover GmbH übertragen werden.

7. Der Auftragnehmer wird im Verhältnis zu seinen Arbeitnehmern, freien Mitarbeitern oder Dritten, soweit er sich dieser bei der Erbringung seiner Leistungen gegenüber der regiobus Hannover GmbH bedient, vertraglich sicherstellen, dass die Rechte nach vorstehend Ziff.2 ausschließlich und zeitlich unbegrenzt der regiobus Hannover GmbH zustehen und auch nicht durch die Beendigung der Verträge zwischen dem Auftragnehmer und den Dritten berührt werden. Andernfalls wird der Auftragnehmer der regiobus Hannover GmbH alle daraus entstandenen Schäden und Aufwendungen einschließlich der Kosten angemessener Rechtsverteidigung ersetzen und die regiobus Hannover GmbH insoweit von Ansprüchen Dritter freistellen, es sei denn, der Auftragnehmer hat dies nicht zu vertreten.

§ 14 Haftung, Freistellung

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Falle einer Verletzung seiner vertraglichen Pflichten oder seiner Verantwortung aus Produkthaftung, die regiobus Hannover GmbH von allen Ansprüchen Dritter, die im Zusammenhang mit den vereinbarten und tatsächlich erbrachten Leistungen des Auftragnehmers stehen, freizustellen. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von durch der regiobus Hannover GmbH durchgeführten Rückrufaktionen ergeben. Über



Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen wird die regiobus Hannover GmbH den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche der regiobus Hannover GmbH bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

2. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen nachzuweisen, dass er hinsichtlich aller weiteren Haftpflichtansprüche, die sich aus der Ausführung des übernommenen Auftrages ergeben können, eine Haftpflichtversicherung in hinreichender Höhe abgeschlossen hat und laufend unterhält. Die regiobus Hannover GmbH ist berechtigt, rückständige Prämien anstelle des Auftragnehmers an den Versicherungsunternehmer zu zahlen und die Beträge von der, dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung oder einer von ihm hinterlegten Sicherheit einzubehalten.

§ 15 Geheimhaltung

1. Unterlagen und alle im Zusammenhang mit dem Auftrag zugänglich werdenden Informationen über die regiobus Hannover GmbH sind durch den Auftragnehmer auch nach Beendigung des Auftrags vertraulich zu behandeln. Geheimhaltungspflichten bestehen nur dann nicht, wenn die betreffenden Informationen/Unterlagen nachweislich allgemein bekannt sind. Auskünfte über Auftragswerte oder Preise darf der Auftragnehmer allein in den gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Fällen an Außenstehende geben. Pressemitteilungen und sonstige Veröffentlichungen zu künftigen bzw. erteilten Aufträgen sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der regiobus Hannover GmbH erlaubt.

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

2. Ohne vorherige Einwilligung in Schrift- oder Textform ist es dem Auftragnehmer untersagt, die regiobus Hannover GmbH in irgendeiner Form als Referenz zu nennen.

§ 16 Datenschutz und Datensicherheit

1. Die Parteien beachten die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer wird insbesondere personenbezogene Daten nur in dem zur Durchführung des jeweiligen Vertrages erforderlichen Umfang oder auf Weisungen der regiobus Hannover GmbH erheben, verarbeiten und nutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Mitarbeiter (Arbeitnehmer und freie Mitarbeiter) mit der Verarbeitung personenbezogener Daten der regiobus Hannover GmbH nur insoweit zu betrauen, als dieses zur Durchführung des betreffenden Vertrages erforderlich ist, diese Mitarbeiter auf die Vertraulichkeit der Datenverarbeitung zu verpflichten und Dritten, derer sich gemäß § 4 bei der Erbringung der Leistungen bedient, die gemäß § 16 entsprechenden Verpflichtungen aufzuerlegen.

2. Der Auftragnehmer ist insbesondere zur regelmäßigen Sicherung der die Verträge mit der regiobus Hannover GmbH betreffenden Daten im erforderlichen Umfang verpflichtet. Insbesondere hat er die seinem Zugriff unterliegenden Systeme gegen unbefugte Kenntnisnahme, Speicherung, Veränderung sowie sonstige nicht autorisierte Zugriffe oder Angriffe, gleich welcher Art, durch Mitarbeiter des Auftragnehmers oder sonstige Dritte zu schützen. Hierzu ergreift er die nach dem neuesten Stand bewährter Technik geeigneten Maßnahmen in erforderlichem Umfang, insbesondere zum Schutz gegen Viren und sonstige schadhafte Programme oder Programmroutinen, außerdem sonstige Maßnahmen zum Schutz seiner Einrichtung, insbesondere zum Schutz gegen Einbruch. Bei Verwendung von nicht seinem Zugriff unterliegenden Systemen hat er seinen Vertragspartnern entsprechende Verpflichtungen aufzuerlegen und deren Einhaltung regelmäßig zu überwachen.

3. Die regiobus Hannover GmbH ist berechtigt, die Einhaltung der Datensicherheitsanforderungen zu überprüfen.

4. Der Auftragnehmer erwirbt an den personenbezogenen Daten, die er im Zusammenhang mit dem Auftrag der regiobus Hannover GmbH erhält bzw. verarbeitet keine Rechte und ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen jederzeit zur Berichtigung, Löschung und/oder Einschränkung der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten verpflichtet. Zurückbehaltungsrechte in Bezug auf diese personenbezogenen Daten sind ausgeschlossen. Diese personenbezogenen Daten werden nach Erledigung des Zwecks der Erhebung bzw. Nutzung, Bearbeitung umgehend gelöscht.

§ 17 Rücktritt oder Kündigung vom Vertrag aus besonderen Gründen

1. Die regiobus Hannover GmbH kann mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz fordern, wenn ihren mit der Auftragserteilung, Beaufsichtigung, Leitung, Abnahme oder sonstigen Abwicklungen der Leistung betrauten Mitarbeitern in diesem Zusammenhang durch den Auftragnehmer unmittelbar oder mittelbar persönliche Vorteile irgendwelcher Art in Aussicht gestellt, versprochen, angeboten, zugewendet oder verschafft werden oder wurden. Lediglich geringfügige Pflichtverletzungen setzen eine vorherige Abmahnung voraus.

2. Die regiobus Hannover GmbH kann den Vertrag nach den gesetzlichen Bedingungen aus wichtigem Grund kündigen oder vom Vertrag zurücktreten, insbesondere dann, wenn der Auftragnehmer einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hat oder wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen nicht nur vorübergehend eingestellt hat oder wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist.

Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen

§ 18 Sanktionen bei schuldhaftem Verstoß gegen Vorgaben der Tariftreue oder des Mindestlohns bei Vergabe von Bau- und Dienstleistungsaufträgen (§ 15 NTVergG)

1. Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und/oder der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die Arbeitgeberpflichten des Mindestlohngesetzes (MiLoG) hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des netto- Auftragswertes basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung zu zahlen. Bei mehreren Verstößen gegen die Arbeitgeberpflichten des Mindestlohngesetzes darf die Summe der Vertragsstrafen 10 % des Auftragswertes nicht überschreiten. Sollte die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch ausfallen, wird die Reduzierung des Wertes in das Ermessen des Auftraggebers gestellt. Der Auftraggeber kann auf Antrag des Auftragnehmers die Vertragsstrafe auf einen angemessenen Betrag herabsetzen.

2. Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen die o. g. (Mindestentlohnungs-) Pflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe ist zu beachten.

3. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.

4. Neben der Vertragsstrafregelung hat der Auftraggeber für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus dem Mindestlohngesetz ergebenden Arbeitgeberpflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das Recht, den Vertrag mit dem Auftragnehmer fristlos zu kündigen. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

5. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer oder den jeweils pflichtwidrig handelnden Nachunternehmer für die Dauer von bis zu drei Jahren von der öffentlichen Auftragsvergabe / bzw. von Vergabeverfahren ausschließen, wenn der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer mindestens grob fahrlässig oder mehrfach und wiederholt gegen die Pflichten des Mindestlohngesetzes verstößt.

6. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) und nach § 16 AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die Mindestentgeltregelungen gemäß Mindestlohngesetz informiert.

7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die eingesetzten Nach- und/oder Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem Mindestlohngesetz zu unterrichten.

§ 19 Allgemeine Bestimmungen/Sonstiges

Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarungen zwischen der regiobus Hannover GmbH und dem Auftragnehmer einschließlich dieser AGB bedürfen der Schrift- oder Textform. Das gilt auch für Abweichungen von der Schrift- oder Textform. Individuelle Vertragsabreden haben Vorrang vor diesen AGB.

1. Sollten eine oder einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, so soll dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. § 139 BGB ist abbedungen. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragspartner, an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine solche zu vereinbaren, die dem von ihnen wirtschaftlich Gewollten in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt bei Vorhandensein von Vertragslücken.
2. Gerichtsstand ist Hannover.
4. Es findet ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts Anwendung.

Non Disclosure Agreement
(Vertraulichkeitsvereinbarung)

zwischen

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover

- nachfolgend „Auftraggeber / ÜSTRA“ -

und

[XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX]

- nachfolgend „Auftragnehmer / Vertragspartner“ genannt -

- jeweils einzeln als „Partei“ und gemeinsam als „Parteien“ bezeichnet -

Präambel

Im Hinblick darauf, dass der Auftragnehmer im Rahmen der vertraglichen Beziehungen Einblick in vertrauliche Informationen und Unterlagen des Auftraggebers erhält, die vor Missbrauch geschützt werden sollen, schließen die Parteien folgende Vereinbarung nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen.

Diese Vertraulichkeitsvereinbarung dient dem Schutz der geheimhaltungsbedürftigen Informationen der Parteien.

Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass ein Vertragsabschluss über eine Zusammenarbeit nicht zustande kommt.

§ 1 Definitionen

- (1) „Vertrauliche Informationen“ sind, unabhängig davon, ob als „vertraulich“ bezeichnet oder nicht,
 - (a) Sämtliche Dokumente, Unterlagen und Inhalte zu dem Vorhaben / Projekt und der diesbezüglichen Gespräche, Stand dieser Gespräche und Verhandlungen der Parteien;

- (b) sämtliche Informationen, die die Parteien sich im Zusammenhang mit dem Vorhaben zur Verfügung stellen, zugänglich machen oder sich sonst zur Kenntnis bringen;
- (c) die Existenz und der Inhalt dieser Vereinbarung sowie sämtliche sonstige den Abschluss oder die Durchführung des Vorhabens betreffende Informationen und die Tatsache, dass vertrauliche Informationen zur Kenntnis gebracht wurden.
- (d) Als geheim zu haltende Informationen gelten darüber hinaus auch alle personenbezogenen Daten.

(2) Vertrauliche Informationen im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere

alle finanziellen, technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen oder anderer Natur, die Geschäftstätigkeit, das Personal oder die Geschäftsführung betreffenden oder sonstigen Informationen (einschließlich Betriebsgeheimnisse, Aufzeichnungen und Know-how), welche sich auf die offenbarende Partei oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen beziehen und welche der empfangenden Partei oder deren berechtigten Personen direkt oder indirekt von der offenbarenden Partei oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen am oder nach dem Tag dieser Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Vorhaben zugänglich gemacht werden oder dieser auf sonstige Weise zur Kenntnis gelangen, wobei unerheblich ist

- (a) auf welchem Trägermedium die vertraulichen Informationen verkörpert sind,
- (b) ob diese als "vertraulich" oder "geheim" gekennzeichnet sind,
- (c) aus Sicht der anderen Partei einen besonderen wirtschaftlichen Wert besitzen,
- (d) andere technische oder organisatorische Maßnahmen zum Schutze der Vertraulichkeit von der offenbarenden Partei ergriffen werden, oder
- (e) ob die Informationen zusätzlich als Geschäftsgeheimnis im Sinne des GeschGehG geschützt werden.

Insbesondere sind auch mündliche Informationen umfasst. Mündlich übermittelte Informationen, die vertraulich zu behandeln sind, sind der empfangenden Partei inhaltlich, unter Hinweis auf ihren vertraulichen Charakter und innerhalb einer Woche schriftlich oder in Textform durch die offenbarende Partei zu bestätigen.

- (3) Eine Information gilt nicht als vertraulich, wenn sie zum Zeitpunkt der Kenntniserlangung durch die empfangende Partei bereits öffentlich bekannt war oder danach ohne einen Verstoß gegen diese Vereinbarung oder Vertraulichkeitsverpflichtungen öffentlich bekannt wurde. In Zweifelsfällen ist die empfangende Partei verpflichtet, den Status einer solchen Information mit der offenbarenden Partei abzustimmen.
- (4) „Berechtigte Personen“ sind die Parteien, deren Mitarbeiter sowie mit den Parteien verbundene Unternehmen und deren Mitarbeiter. Berechtigte Personen sind ferner beruflich oder vertraglich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater der Parteien sowie deren zur Verschwiegenheit verpflichtete Organe und Mitarbeiter.

Die jeweilige Partei hat nach Aufforderung der anderen Partei dieser die Namen und die Funktion ihrer Berater unverzüglich mitzuteilen. Sollte die Parteien ernsthafte und entsprechend darzulegende Bedenken hinsichtlich der Einschaltung eines bestimmten

Beraters haben, werden sie sich hierüber beraten und bemühen, die Bedenken durch angemessene Maßnahmen auszuräumen.

- (5) „Verbundene Unternehmen“ sind Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG.
- (6) „Mitarbeiter“ sind Arbeitnehmer der Parteien und der jeweiligen verbundenen Unternehmen sowie Mitarbeiter ohne Arbeitnehmerstatus wie z.B. freie Mitarbeiter und Zeitarbeitskräfte.

§ 2 Verpflichtungen zur Vertraulichkeit

- (1) Die Parteien werden die vertraulichen Informationen streng vertraulich behandeln und sie - ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Parteien - Dritten, die nicht berechnigte Personen sind, weder weiterleiten noch auf sonstige Weise zugänglich machen sowie geeignete Vorkehrungen zum Schutz der vertraulichen Informationen treffen. Im Fall einer Aufforderung sind sich die Parteien gegenüber verpflichtet, eine Liste mit berechtigten Personen, die vertrauliche Informationen erhalten haben, zur Verfügung zu stellen.
- (2) Die Parteien werden sämtliche berechtigten Personen, außer solche, die aus berufsrechtlichen Gründen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, die vertrauliche Informationen erhalten, über Inhalt und Umfang der Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung informieren und alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen treffen, dass alle berechtigten Personen die vertraulichkeitsbezogenen Bestimmungen dieser Vereinbarung einhalten. Insbesondere werden diese Informationen nur an solche Mitarbeiter weitergegeben, die sie aufgrund ihrer Tätigkeit unbedingt erhalten müssen. Die Parteien werden dafür sorgen, dass Unterlagen mit geheim zuhaltenden Informationen, soweit nicht unmittelbar damit gearbeitet wird, unter Verschluss gehalten werden. Die Parteien verpflichten sich, eine entsprechende Geheimhaltungsverpflichtung auch ihren Angestellten, sonstigen Mitarbeitern und externen Dienst- bzw. Werkleistern, mit denen sie zusammenarbeitet, vertraglich aufzuerlegen.
- (3) Die Parteien werden die vertraulichen Informationen ausschließlich zur Beurteilung des Projektes und zur Verhandlungsführung im Rahmen des Vorhabens verwenden.
- (4) Die empfangende Partei ist ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der offenbarenden Partei nicht berechnigt, die empfangenen vertraulichen Informationen ganz oder teilweise zu kopieren, es sei denn, dass dies für das Vorhaben erforderlich ist. Sämtliche empfangenen vertraulichen Informationen, Dokumente und sonstige Trägermedien und davon angefertigte Kopien sind auf Anforderung der offenbarenden Partei, innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach der Aufforderung zurückzugeben oder nach Wahl der offenbarenden Partei zu vernichten bzw. zu löschen. Aussagekräftige Nachweise über die Vernichtung bzw. Löschung sind der offenbarenden Partei unverzüglich und unaufgefordert vorzulegen.
Die Verpflichtung zur Rückgabe oder Vernichtung/Löschung gelten nicht für vertrauliche Informationen, die die empfangende Partei nach geltendem Recht aufbewahren muss.

Die so erhaltenen vertraulichen Informationen sind weiterhin vertraulich zu behandeln und unterliegen weiterhin den Bestimmungen dieser Vereinbarung. Die jeweilige Partei hat nach Aufforderung der anderen Partei unter Angabe von Gründen schriftlich mitzuteilen, welche vertraulichen Informationen zurückgegeben, zerstört oder gelöscht worden sind und welche nicht.

- (5) Jede Partei wird der jeweils anderen Partei unverzüglich schriftlich mitteilen, wenn sie Kenntnis davon erlangt, dass vertrauliche Informationen in irgendeiner Weise an Unbefugte gelangt sind oder die Umstände vorliegen, wonach Gefahr besteht, dass dies geschieht.

§ 3 Ausnahmen zu den Verpflichtungen zur Vertraulichkeit

- (1) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit gemäß § 2 Abs. 1 gelten nicht, wenn
- a) die offenbarende Partei für den konkreten Einzelfall der Weitergabe der vertraulichen Informationen an einen Dritten ihre vorherige schriftliche Zustimmung gegenüber der empfangenden Partei erteilt,
 - b) die empfangende Partei die vertraulichen Informationen vor dem Abschluss dieser Vereinbarung von einem Dritten erlangt hat oder danach ohne Verletzung dieser Vereinbarung von einem Dritten erlangt, sofern der Dritte jeweils rechtmäßig in den Besitz der Informationen gelangt ist und durch die Weitergabe nicht gegen eine ihn bindende Vertraulichkeitsverpflichtung verstößt oder
 - c) die empfangende Partei zur Offenlegung der vertraulichen Informationen durch Anordnung eines zuständigen Gerichts oder einer Behörde oder sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts oder gesetzlich oder aufgrund der Regelwerke einer Börse verpflichtet ist, wobei die empfangende Partei alle vernünftigen Schritte unternehmen muss, um die Offenlegung der vertraulichen Information im größtmöglichen Umfang zu verhindern oder zu beschränken.

Hält sich die empfangende Partei derart für verpflichtet, wird sie die offenbarende Partei, soweit rechtlich zulässig, rechtzeitig vor der Offenlegung schriftlich benachrichtigen, damit diese die Offenlegung durch rechtliche Maßnahmen unterbinden kann. In dieser Benachrichtigung wird die empfangende Partei der offenbarenden Partei in geeigneter Form, beispielsweise im Rahmen einer rechtlichen Stellungnahme eines Rechtsberaters, mitteilen, welche vertraulichen Informationen weitergeleitet werden müssen. Die empfangende Partei wird nur den Teil der vertraulichen Informationen offenlegen, der offengelegt werden muss.

- (2) Die jeweilige Partei trägt jeweils die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

§ 4 Informationsvermittlung

- (1) Die offenbarende Partei übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der vertraulichen Informationen oder der Annahmen, die auf den vertraulichen Informationen basieren.
- (2) Weder die Bestimmungen dieser Vereinbarung noch die an die empfangende Partei übermittelten vertraulichen Informationen haben einen rechtsgeschäftlichen Erklärungsinhalt im Hinblick auf das Vorhaben oder in sonstiger Weise über den Inhalt der Bestimmungen dieser Vereinbarung hinaus. Insbesondere verbleiben die von der offenbarenden Partei oder auf deren Veranlassung weitergegebenen Informationen im geistigen Eigentum der offenbarenden Partei oder ihrer verbundenen Unternehmen und es werden keine Nutzungs- oder Lizenzrechte begründet.

§ 5 Vertragsstrafe

Für jeden Fall eines schuldhaften Verstoßes gegen die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Verpflichtungen hat der Auftragnehmer an den Auftraggeber eine von dem Auftraggeber nach billigem Ermessen zu bestimmende und vom zuständigen Amts- oder Landgericht überprüfbare Vertragsstrafe zu bezahlen.

Darüberhinausgehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt. Eine gezahlte Vertragsstrafe ist auf etwaige Schadensersatzansprüche anzurechnen, wobei die Vertragsstrafe den Mindestschaden darstellt.

§ 6 Dauer der Geheimhaltungspflicht

- (1) Diese Vertraulichkeitsvereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum letzten Austausch von Informationen, längstens jedoch bis zur Beendigung der Zusammenarbeit. Die ordentliche Kündigung wird ausgeschlossen.
- (2) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit bestehen noch weitere 10 Jahre nach dem Ende der Laufzeit dieser Vereinbarung fort.

§ 7 Übertragbarkeit von Rechten

Die Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung sind nicht übertragbar.

§ 8 Weitergehende Rechte

Etwaige weitergehende Rechte und Ansprüche der Parteien im Hinblick auf die vertraulichen Informationen, einschließlich solcher aus dem GeschGehG, werden durch diese Vereinbarung nicht berührt. Die Rechte der Parteien aus dieser Vereinbarung werden weder durch Bestimmungen des GeschGehG oder sonstige gesetzliche Bestimmungen (vorbehaltlich zwingenden Gesetzesrechts) noch durch derzeit zwischen den Parteien bestehende Absprachen und Vereinbarungen beschränkt.

§ 9 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform; dies gilt auch für eine Änderung des Schriftformerfordernisses selbst.

§ 10 Teilunwirksamkeit

Für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, oder für den Fall, dass diese Vereinbarung unbeabsichtigte Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Bestimmung gilt eine solche wirksame und durchführbare Bestimmung als zwischen den Parteien vereinbart, wie sie die Parteien unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zwecks dieser Vereinbarung vereinbart hätten, wenn ihnen beim Abschluss dieser Vereinbarung die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder das Fehlen der betreffenden Bestimmung bewusst gewesen wäre. Die Parteien sind verpflichtet, eine solche Bestimmung in gebotener Form, jedoch zumindest schriftlich, zu bestätigen.

§ 11 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Gerichtsstand ist Hannover.

Für ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe
AG:

Für xxxx:

Unterschrift

Unterschrift

Name in Druckbuchstaben

Name in Druckbuchstaben

Titel

Titel

Datum

Datum

Name und Anschrift des Bieters	
Name einschließlich Firmierung	
Anschrift	
PLZ, Ort	
Handelsregistereintrag	
Registergericht	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	
Ansprechpartner für Vergabeverfahren beim Bieter	
Vor- und Zuname	
Telefon	
E-Mail	
Stellvertretung für Vergabeverfahren beim Bieter	
Vor- und Zuname	
Telefon	
E-Mail	

Angebotsschreiben

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

1. Die Ausführung der oben genannten Leistung wird zu den eingesetzten Preisen angeboten. Das Angebot gilt bis zum Ablauf der Bindefrist.
2. Die Angebotssumme ist der Leistungsbeschreibung / dem Leistungsverzeichnis / dem Preisblatt zu entnehmen.
3. Anzahl der zum Angebot gehörenden Nebenangebote:

Stück

4. Vertragsbedingungen

Die Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) der regiobus Hannover GmbH sind Vertragsbestandteil der Vergabeunterlagen.

Die Rangfolge der Vertragsbedingungen im Falle von Widersprüchen wird wie folgt geregelt:

1. dieses Angebotsschreiben,
2. die übrigen Vergabeunterlagen mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe einschließlich aller Anlagen;
3. die Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) der regiobus Hannover GmbH in der jeweils gültigen Fassung;
4. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen – ausgenommen Bauleistungen – (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung;

5. das Angebot des Auftragnehmers einschließlich Preisblatt.
Der Bieter erklärt:

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters / Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch dann nicht, wenn sie im Angebot des Auftragnehmers oder an anderer Stelle aufgeführt sind oder von der regiobus im Rahmen der Vertragsdurchführung verwendet werden, es sei denn, die Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers wurde oder wird ausdrücklich zwischen den Parteien schriftlich oder in Textform vereinbart.

5. Unterschrift

Die nachfolgende Unterschrift gilt für alle Teile des Angebotes und mit diesem versendeten Formularen **(bei elektronischer Abgabe gilt dieses Dokument durch die elektronische Unterschrift des Angebotes als unterschrieben)**.

Datum, Unterschrift

Formblatt – Verzeichnis der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

<input type="checkbox"/>	Nein, es werden <u>keine</u> Teilleistungen durch Nachunternehmer ausgeführt.
<input type="checkbox"/>	Ja, es werden Teilleistungen durch Nachunternehmer ausgeführt..

Anzugeben sind alle Teilleistungen, die durch Nachunternehmer ausgeführt werden sollen. Sofern der Name des Nachunternehmers zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe bereits bekannt ist, ist dieser in das Verzeichnis einzutragen. Nachunternehmer, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht bekannt sind, müssen noch nicht benannt werden.

Die nachträgliche Einschaltung oder der Wechsel eines Nachunternehmers nach Zuschlagserteilung ist möglich, bedarf allerdings der Zustimmung der regiobus Hannover GmbH gemäß § 13 Abs. 2 Satz 3 NTVergG.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft	
Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich / benennen wir nachfolgend die durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen.

laufende Nummer	Beschreibung der Teilleistung	Name des Nachunternehmers, sofern der Name des Nachunternehmers zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe bereits bekannt ist	Anteil des Auftrags in Euro (netto)
1			
2			
3			

Formblatt – Eigenerklärung zu den Referenzen

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

Vom Bieter oder von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft auszufüllen. Es können Zusatzblätter oder eigene Anlagen beigelegt werden. Für die Beschreibung weiterer Referenzprojekte ist das Formblatt gegebenenfalls zu vervielfältigen.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft	
Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	

Referenzgeber inklusive Ansprechpartner mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse; der Ansprechpartner muss federführend und maßgeblich am Projekt beteiligt gewesen sein. Aus Datenschutzgründen kann auf die Angaben zu Referenzgeber inklusive Ansprechpartner verzichtet werden. Der Bieter / die Bietergemeinschaft muss jedoch gewährleisten, dass ein unabhängiger Kontakt zwischen dem Referenzgeber und der regiobus hergestellt und gewährleistet werden kann.

--

Projektname

Kurzbeschreibung der durchgeführten Leistung

Mindestkriterien erfüllt: Referenzen enthalten vergleichbare Projekte, wenn mindestens alle Kriterien erfüllt sind, die zu den in Rede stehenden Leistungen vergleichbar sind

- | | |
|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | Ja, die Mindestkriterien werden erfüllt. |
| <input type="checkbox"/> | Nein, die Mindestkriterien werden <u>nicht</u> erfüllt. |

Leistungszeitraum

--

Formblatt – Eigenerklärung zum Umsatz

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

Vom Bieter, bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen.

Name des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft	
Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	

Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

Geschäftsjahr	Gesamtumsatz in Euro (netto)

Erklärung zum Umsatz mit Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Geschäftsjahr	Auftragsumfang in Euro (netto)

Formblatt – Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

<input type="checkbox"/>	Nein, ich bilde / wir bilden <u>keine</u> Bieter- / Arbeitsgemeinschaft.
<input type="checkbox"/>	Ja, wir bilden eine Bieter- / Arbeitsgemeinschaft.

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter	
1. Mitglied: Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	
Weitere Mitglieder	
2. Mitglied: Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	
3. Mitglied: Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	
4. Mitglied: Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	

beschließen, im Fall der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der regiobus rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben. Das Formblatt ist gegebenenfalls zu vervielfältigen.

Erklärung der weiteren Mitglieder der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ich / wir alle Leistungen, die nicht im Verzeichnis der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde,
- ich / wir bei Verwendung einer selbst gefertigten Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses das von der regiobus verfasste Leistungsverzeichnis als allein verbindlich anerkenne /anerkennen,

- c. das von der regiobus vorgeschlagene Produkt Inhalt meines / unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen der regiobus den Zusatz „oder gleichwertiger Art“ enthalten und von mir / uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typenbezeichnung) eingetragen wurden.
- d. über mein / unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,
- e. sich mein / unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet,
- f. ich / wir keine schwere Verfehlung begangen habe / haben, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt, insbesondere dass kein Ausschlussgrund gemäß §§ 123 f. GWB vorliegt,
- g. ich meine / wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe / haben,
- h. ich / wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf meine / unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, abgegeben habe / haben und auch nicht abgeben werde / werden,
- i. ich mich / wir uns ordnungsgemäß bei der zuständigen Berufsgenossenschaft angemeldet habe / haben,
- j. ich / wir den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns gemäß Mindestlohngesetz (MiLoG) nachkommen,
- k. soweit Stoffe oder sonstige Textilwaren, ungebrauchter Naturstein, Tee, Kaffee, Kakao, Blumen, Spielwaren oder Sportbälle in der Leistungsbeschreibung als Gegenstand der Leistung aufgeführt sind, der Auftragnehmer verpflichtet ist, nur solche Waren zu liefern oder zu verwenden, für die er die Einhaltung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindestanforderungen gemäß § 2 der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung nachweisen kann. Die Mindestanforderungen ergeben sich aus den in § 12 Abs. 1 Satz 2 NTVergG genannten Übereinkommen. Die Verpflichtung bezieht sich auf die Lieferkette bis zur Produktfertigung. Die Verpflichtung gilt nur für Waren, die in einem Staat oder Gebiet gewonnen oder hergestellt wurden, der oder das in der für den Zeitpunkt der Angebotsabgabe maßgeblichen DAC-List of ODA Recipients der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) aufgeführt ist.

Unterschrift der weiteren Mitglieder der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

,
Datum, Unterschrift 2. Mitglied

,
Datum, Unterschrift 3. Mitglied

,
Datum, Unterschrift 4. Mitglied

Formblatt – Verpflichtungserklärung von eingebundenen Drittunternehmen

Vergabeverfahren	
Vergabenummer	

Dieses Formblatt ist von Drittunternehmen, auf deren Eignung sich der Bieter / die Bietergemeinschaft in diesem Verfahren stützt und die für den Bieter / die Bietergemeinschaft tätig werden sollen, auszufüllen. Das Formblatt ist gegebenenfalls zu vervielfältigen.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft, der / die sich für die wirtschaftliche und / oder technische Leistungsfähigkeit auf ein Drittunternehmen stützt	
Name einschließlich Firmierung	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	
Name und Anschrift des Drittunternehmens	
Name einschließlich Firmierung	
Anschrift	
PLZ, Ort	
Handelsregistereintrag	
Registergericht	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	

1. Beschreibung der vom Drittunternehmen zu erbringenden Leistungen / zur Verfügung zu stellenden Mittel und ihres Umfangs

--

2. Erklärung des Drittunternehmens

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- a. ich / wir den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns gemäß Mindestlohngesetz (MiLoG) nachkommen,
- b. ich / wir

☐ vorbehaltlos
☐ unter dem Vorbehalt

--

gegenüber dem oben genannten Bieter / Bietergemeinschaft im Fall der Zuschlagserteilung die hier beschriebenen Leistungen erbringe / erbringen und / oder die Mittel zur Verfügung stelle / stellen.

3. Unterschrift des Drittunternehmens

Datum, Unterschrift des Drittunternehmens

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

2026345842

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

_____, den _____

Unterschriften (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

02.06.2026

Verfahren: 2026345842 - Dienstleistung für Bargeldver- und Bargeldentsorgung

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Leistungsbeschreibung	EUR
---	-----------------------	-----------

Gegenstand der Leistung

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe eines Dienstleistungsauftrags über das Bargeldhandlings und der Bargeldentsorgung für die Betriebshöfe der Auftraggeberin. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere:

- Abholung von Bargeld (Banknoten und Münzen) an den Betriebshöfen,
- Sicheren Transport des Bargeldes zum und von der regiobus Hannover
- Bearbeitung, Zählung und Prüfung der Bargeldbestände
- Versorgung der Betriebshöfe mit Noten- und Münzengeld
- Ordnungsgemäße Dokumentation sämtlicher Bargeldbewegungen

Die Leistung ist für alle in Abschnitt „Betriebsstätten/ Lieferorte“ benannte Betriebshöfe zu erbringen.

Nähere Information sind der Leistungsbeschreibung im Anhang zu entnehmen.

2	Preis	EUR
---	-------	-----------

Preisliche Rahmenbedingungen

Die angegebenen Mengen basieren auf Erfahrungswerten der Jahre 2023 bis 2025 und dienen ausschließlich der Vergleichbarkeit der

Angebote. Eine Abweichung der tatsächlichen Mengen ist möglich.
 Abgerechnet werden die tatsächlich erbrachten Leistungen.
 Mit der eingereichten Preise sind sämtliche Kosten des
 Auftragnehmers abgegolten, sofern nicht ausdrücklich anders
 angegeben.

Eine doppelte Abrechnung von Leistungen (z.B. über Pauschale und
 Einzelposition) ist ausgeschlossen.

Die angebotenen Preise gelten für die gesamte Vertragslaufzeit.
 Sämtliche Kosten- und Preissteigerungsrisiken sind durch den
 Auftragnehmer in die Kalkulation einzubeziehen.

2.1	Monatliche Verwaltungspauschale	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatliche Verwaltungspauschale (inkl. Disposition, Kommunikation, Reporting)					

2.2	Monatspauschale -Betriebshof Burgdorf	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatspauschale -Betriebshof Burgdorf bei 1 Anfahrt pro Woche (Dienstag)					

2.3	Monatspauschale -Betriebshof Eldagsen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatspauschale -Betriebshof Eldagsen bei 1 Anfahrt pro Woche (Montag)					

2.4	Monatspauschale -Betriebshof Mellendorf	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatspauschale -Betriebshof Mellendorf bei 1 Anfahrt pro Woche (Dienstag)					
2.5	Monatspauschale -Betriebshof Neustadt	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatspauschale -Betriebshof Neustadt bei 1 Anfahrt pro Woche (Montag)					
2.6	Monatspauschale -Betriebshof Wunstorf	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	12,00	Monate pro 1,00 Monat
	Monatspauschale -Betriebshof Wunstorf bei 1 Anfahrt pro Woche (Montag)					
2.7	Notengeldzahlung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	250,00	Einheit pro 1,00 Einheit
	Optionalposition					

Notengeldzählung
 Die Preisangabe erfolgt je 1.000,00€ bearbeitetes Notengeld. Die
 Mengenangabe von 250 entspricht einem geschätzten Jahresvolumen
 von 250.000,00€

1 Einheit = 1.000,00€ Notengeld

2.8 Münzgeldbearbeitung (ungezählt)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	250,00	Stück pro 1,00 Stück

Münzgeldbearbeitung (ungezählt)

Bearbeitung und Zählung von ungezähltem Münzgeld. Ein Stück
 entspricht einem Münzgeldcontainer.

2.9 Portionierung Münzgeld	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	10,00	Lieferungen pro 1,00 Lieferung

Portionierung Münzgeld

2.10 Portionierung Notengeld	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
Optionalposition	19%	10,00	Lieferungen pro 1,00 Lieferung

Portionierung Notengeld

<hr/>						
2.11	Sonderfahrt/ Zusatzabholung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	10,00	Fahrten pro 1,00 Fahrt
	Sonderfahrt/ Zusatzabholung					
<hr/>						
2.12	Falschgeldbearbeitung inkl. Bundesbankabwicklung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	1,00	Vorgang pro 1,00 Vorgang
	Falschgeldbearbeitung inkl. Bundesbankabwicklung					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Ausschreibung

Verfahren: 2026345842 - Dienstleistung für Bargeldver- und Bargeldentsorgung

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026345842 - Dienstleistung für Bargeldver- und Bargeldentsorgung

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Erklärungen zur Zuverlässigkeit [Mussangabe]

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- über mein / unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,

- sich mein / unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet,

- ich / wir keine schwere Verfehlung begangen habe / haben, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt, insbesondere dass kein Ausschlussgrund gemäß §§ 123 f. GWB vorliegt,

- ich meine / wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe / haben,

- ich / wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf meine / unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, abgegeben habe / haben und auch nicht abgeben werde / werden,

- ich mich / wir uns ordnungsgemäß bei der zuständigen Berufsgenossenschaft angemeldet habe / haben,

- ich / wir den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns gemäß Mindestlohngesetz (MiLoG) nachkommen.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ja (0)

☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Mindestanforderungen

2.1 Mindestanforderungen

Die nachfolgend aufgeführten Anforderungen sind zwingend einzuhalten.

Angebote, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Die Einhaltung der Anforderungen ist durch den Bieter zu bestätigen. (Erfüllt/ Nicht Erfüllt)

2.2 Transportdurchführung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die vereinbarten Bargeldtransporte entsprechend den festgelegten Abholrhythmus wöchentlich durchgeführt werden.

☐ Keine Angabe

☐ Ja

☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Regelungen an Feiertagen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Fällt ein regulärer Abholtag auf einen gesetzlichen Feiertag, ist der Transport in Abstimmung mit dem Auftraggeber auf einen Ersatztermin zu verlegen.

☐ Keine Angabe

☐ Ja

☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4 Einhaltung Sicherheitsanforderungen [Mussangabe]

Gewichtung: 0,00%

Maximalpunktzahl: 0

Der Auftragnehmer gewährleistet die Durchführung der Geld- und Werttransporte unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen und sicherheitsrelevanten Anforderungen für Geld- und Werttransporte. Die Leistung ist mindestens unter Berücksichtigung der Anforderungen der DGUV Vorschrift 23 „Wach- und Sicherheitsdienste“, der DGUV Regel 115-001 sowie nach DIN 77210 „Geld- und Wertdienste“ auszuführen.

Für die Durchführung sind geeignete Transportfahrzeuge mit den Geld- und Werttransporte erforderlichen Sicherheits- und Schutzeinrichtungen einzusetzen. Der Transport ist durch fachlich geeignetes und entsprechend den gesetzlichen Anforderungen unterwiesenes Personal durchzuführen. Sicherheitsmaßnahmen, Transportabläufe sowie Übergabeprozesse sind nachvollziehbar zu dokumentieren.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ja (0)

☐ Nein (0)

2.5 Dokumentation [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Sämtliche Bargeldbewegungen sind vollständig und nachvollziehbar zu dokumentieren.

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.6 Übermittlung der Zählerergebnisse [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Zählergebnisse sind elektronisch an die vom Auftraggeber benannten E-Mail-Adressen zu übermitteln.

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Erklärungen des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ich / wir alle Leistungen, die nicht im Verzeichnis der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde,

- ich / wir bei Verwendung einer selbst gefertigten Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses das von der ÜSTRA verfasste Leistungsverzeichnis als allein verbindlich anerkenne /anerkennen,

- das von der ÜSTRA vorgeschlagene Produkt Inhalt meines / unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibung en der ÜSTRA den Zusatz „oder gleichwertiger Art“ enthalten und von mir / uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typenbezeichnung) eingetragen wurden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Geheimhaltung [Mussangabe]

Aufgrund der umfassenden Bereitstellung von Daten verpflichten Sie sich zur strikten Geheimhaltung sämtlicher Informationen der regiobus, gleich in welcher Form sie offengelegt wurden oder offengelegt werden könnten (mündlich, schriftlich oder in sonstiger Weise). Informationen dürfen nicht, weder ganz noch teilweise, Dritten zugänglich gemacht werden.

Weiterhin ist der Datenschutz im Sinne der datenschutzrechtlichen Bestimmungen und im Rahmen der berufssüblichen Sorgfalt sowie die Vertraulichkeit sicherzustellen.

Erhaltene Informationen dienen ausschließlich für die mit der Überlassung verfolgten Zwecke und sind weder für andere, eigene sowie für Zwecke Dritter zu nutzen. Diese Verpflichtungen bestehen schon vor Vertragsabschluss und werden auch nach Beendigung des Vertrages unverändert aufrechterhalten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 Vertraulichkeitsvereinbarung [Mussangabe]

Der Bieter ist bereit nach Zuschlagserteilung eine Vertraulichkeitsvereinbarung zu unterschreiben, welche mit Beauftragung zur Verfügung gestellt wird.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Vertragsinhalte [Mussangabe]

Die im Preisblatt angegebenen Preise sind so zu kalkulieren, dass sie bis zum Ende der Vertragslaufzeit Gültigkeit haben. Eine einseitige Erhöhung der Vergütung ohne Auftragserweiterung ist nicht möglich.

Der Vertrag hat eine Laufzeit von maximal vier Jahren. Die Laufzeit beginnt mit dem Datum der Zuschlagserteilung und endet spätestens am 30.06.2023. Der Vertrag kann auftraggeberseitig mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende der Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren gekündigt werden. Eine Kündigung durch den Auftragnehmer ist nur aus wichtigem Grund möglich.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	01_Leistungsbeschreibung. pdf	163,62 KB	pdf
Dateianlage	02_Anhang_Betriebshöfe und spezifische Anforderungen.pdf	112,51 KB	pdf
Dateianlage	03_Preisblatt_WertLogisti ker.pdf	59,39 KB	pdf